

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsgeschäftsstelle:

Bahnstraße 50
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 47 92 41
Telefax: 0208 / 47 96 68
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3

Vorschlag

Nr.: A 15/0509-01

gemäß der Geschäftsordnung

öffentlich**Datum:** 08.06.2015**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

Beratungsfolge:**Status:*** **Datum:** **Gremium:**

Ö 18.06.2015 Hauptausschuss

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

Ausführung des Ratsbeschlusses vom 17.12.2014 - TOP 6.1 Flughafen Essen-Mülheim

Vorschlag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Ausführung des Ratsbeschlusses vom 17.12.2014 – TOP 6.1 Flughafen Essen-Mülheim“ vor.

Sie bittet diesbezüglich um einen Sachstandsbericht und Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem AERO-Club; welche Ergebnisse sind zu vermelden?
2. Seit wann wird verhandelt?
3. Wer verhandelt für die Stadt? Ist der städtische Vertreter in der FEM-Gesellschafterversammlung auf welche Weise eingebunden?
4. Warum gab es bisher keine Berichterstattung der Verantwortlichen?

5. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem Land und der Stadt Essen, welche Ergebnisse sind zu vermelden?
6. Seit wann wird verhandelt?
7. Wer verhandelt für die Stadt? Ist der städtische Vertreter in der FEM-Gesellschafterversammlung wie eingebunden?
8. Warum gab es bisher keine Berichterstattung der Verantwortlichen?
9. Wie ist der Bearbeitungsstand der am 17.12.14 beschlossenen Rechtsexpertise?
10. Kommt das Land NRW momentan seinen Zahlungsverpflichtungen nach. Wenn nein, ist in Abstimmung mit der Stadt Essen ein Klageverfahren eingeleitet?
11. Hat die Verwaltung zur Kenntnis genommen, dass der Rat den in der Vorlage V 14/0708-02 avisierten Ausstiegstermin 31.12.2024 ausdrücklich für zu spät erachtet und einen schnellstmöglichen Ausstieg will? Wurde dennoch weiterhin gegenüber Dritten diese Terminsetzung verbreitet?

Begründung:

Nach GO NW hat die Verwaltung die Beschlüsse des Rates umzusetzen. Die Kenntnisnahme, inwieweit dies bisher erfolgte, begründet die Notwendigkeit des Tagesordnungspunktes.

Franziska Krumwiede
stv. Fraktionssprecherin

Gleichstellungsrelevante Aspekte

Ja

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte erfolgt im Kontext der Drucksache, ggfs. als Anlage zur Drucksache. (Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Es ist hervorzuheben, zu analysieren und darzulegen, inwieweit gleichstellungsrelevante Aspekte berücksichtigt wurden.)

Nein

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte entfällt aus folgenden Gründen: